

Zehn Wahlprüfsteine des NABU Rheinland-Pfalz

**36 Fragen an das Bündnis 90/Die Grünen-Rheinland-Pfalz zur
Landtagswahl 2021**



Mit rund 62.000 Mitgliedern ist der NABU Rheinland-Pfalz der mitgliederstärkste Naturschutzverband in Rheinland-Pfalz. Themen des Natur- und Klimaschutz spielen eine immer größer werdende Rolle in der Wahlentscheidung der Bürger*innen. Daher wollen wir unseren Mitgliedern im Vorfeld der Landtagswahl ermöglichen sich von den Parteien, die zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz mit einer Landesliste antreten, und ihren Haltungen zu den wichtigsten naturschutzpolitischen Themen des Landes ein Bild zu machen.

Kontakt

NABU Rheinland-Pfalz

Tel. +49 (0)6131.140 39-0

Fax +49 (0)6131.140 39-28

Kontakt@NABU-RLP.de

Wahlprüfstein I: Landwirtschaft

Rund 42 % der Landesfläche werden in Rheinland-Pfalz landwirtschaftlich genutzt. Nicht zuletzt deshalb hat die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich großen Einfluss auf die Natur und unsere Umweltgüter Boden, Wasser und Luft. Die zunehmende Intensivierung der Landbewirtschaftung mit hohen Nährstoffüberschüssen und Pestizideinsatz hat leider auch zu großen Belastungen für Artenvielfalt und Umwelt geführt. Die Folge: ein dramatisches Insekten- und Vogelsterben, zu hohe Nitratwerte im Grundwasser und klimaschädliche Emissionen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

1. ... eine Erhöhung der Biodiversität und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft erreichen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Für uns GRÜNE ist grundsätzlich die europäische Agrarpolitik der entscheidende Hebel für eine erfolgreiche Umstellung auf eine naturverträgliche, nachhaltige Landwirtschaft. Wir wollen, dass die Ausgestaltung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) die Vorgaben des Green Deals mit der „Vom Hof auf den Teller-“ und der Biodiversitätsstrategie berücksichtigt und Auszahlung der Mittel aus der Ersten Säule (Direktzahlungen) direkt an Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen gekoppelt sind. Für uns ist klar: Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Mög-

lichkeiten innerhalb der Europäischen Agrarpolitik (GAP) genutzt werden, um Biodiversität, Gewässerschutz und klimaschonende Landwirtschaft zu unterstützen. Ökologische Land- und Weinwirtschaft schützt unsere Flüsse und Seen, Böden, das Grundwasser, Insekten und das Klima. Deshalb wollen wir die ökologisch bewirtschaftete Fläche deutlich ausweiten. Unser Ziel lautet: Bis zum Jahr 2030 sollen 30 Prozent der Fläche ökologisch bewirtschaftet werden.

Wir werden zur Erhöhung der Arten- und Strukturvielfalt aber auch alle Maßnahmen ergreifen, die wir auf Landesebene konkret bestimmen können. Wir wollen unsere Artenschutzprogramme für gefährdete Arten der Kulturlandschaften wie z. B. für den Kiebitz oder das Braunkelchen verstetigen und ausweiten. Daneben möchten wir unsere Pläne für einen flächendeckenden Biotopverbund weiterentwickeln und streben eine landesweite Umsetzung des Eh-Da-Flächen Projekts an, um vorhandene Weg- und Ackerränder, Verkehrsinseln und Entwässerungsgräben naturschutzfachlich aufzuwerten und miteinander zu verbinden.

Darüber hinaus werden wir den Schutz von Gewässerrändern und den Erhalt von wertvollen Streuobstwiesen durch eine Ausweitung der Agrarumweltprogramme sowie den Abschluss von langjährigen Pflegeverträgen mit regionalen Streuobstinitiativen und Kommunen vorantreiben.

Wir möchten unsere zahlreichen Naturschutzgebiete aufwerten, indem wir eine flächendeckende, ökologische Landbewirtschaftung in diesen Gebieten anstreben. Schäferinnen und Schäfer stehen finanziell mit dem Rücken an der Wand, obwohl sie aktiven Landschafts- und Naturschutz betreiben. Wir haben die Weidetierprämie für eine nachhaltige Beweidung von Heiden, Wiesen und Weiden auf den Weg gebracht, um den gesellschaftlichen Beitrag unserer Weidetierhalter*innen zu Landschaftspflege und Naturschutz zu honorieren. Das kommt auch der Vielfalt in der Agrarlandschaft zu Gute.

2. ... die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen für Landwirte attraktiver machen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir verfolgen einen doppelten Ansatz von direkten Anreizprogrammen wie beispielsweise unsere Agrarumwelt- und Artenschutzprogramme als auch über verbesserte Vermarktungsmöglichkeiten von ökologischen Erzeugnissen durch den Ökoaktionsplan und das Programm „Rheinland-Pfalz isst besser“. Dadurch wollen wir zum einen die Artenvielfalt auf unseren Äckern und Wiesen erhalten und gleichzeitig den umweltschonenden Ökolandbau fördern. Die Maßnahmen aus der zweiten Säule der Agrarpolitik wollen wir konsequent auf ökologische Ziele ausrichten.

Darüber hinaus werden wir die Schaffung von sogenannten „Biologischen Stationen“ auf Kreisebene prüfen, um gemeinsam mit allen regionalen Landwirtschafts-, Forst- und Umweltverbänden Naturschutzprojekte vor Ort zu realisieren, ehrenamtliches Engagement zu koordinieren und die Biotopbetreuung zu institutionalisieren.



NABU-Fazit

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung! Es ist wichtig, dass Landwirt*innen Förderungen für die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen erhalten. Das Zusammenführen unterschiedlicher Akteur*innen kann gute Lösungen hervorbringen, wie andere Bundesländer (z. B. Niedersachsen) gezeigt haben. Die Landesregierung sollte jetzt die Chance ergreifen, auch ohne den Druck eines Volksbegehrens, einen solchen Weg einzuschlagen.



NABU-Fazit

Die Parteien stimmen mit der Haltung des NABU darin überein, dass Landwirt*innen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen mehr finanzielle Anreize erhalten sollten. Es bleibt aber offen, ob sie auch bereit sind, hierfür tatsächlich mehr Mittel als bisher bereitzustellen. Weitere wichtige Aspekte sind Ausbildung und Beratung sowie die Betrachtung der Vermarktungswege, die zurzeit eine nachhaltige Produktion oftmals erschweren.

3. ... den Grundwasserschutz in der Agrarlandschaft verbessern?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Um die Stickstoffbelastung besser zu erfassen, setzen wir uns für das Instrument der Hoftorbilanz ein. In besonders von Nitrat belasteten Gegenden, möchten wir im Rahmen eines speziellen Agrarumweltprogramms die gewässerschonende Fruchtfolge einführen und die Landwirtschaft durch eine umfassende Gewässerschutzberatung unterstützen. Wir setzen in sensiblen Gebieten auch weiterhin auf die erfolgreichen Kooperationsvereinbarungen zwischen regionalen Wasserversorgern und den ansässigen Landwirtschaftsbetrieben. In Gegenden mit einer hohen Belastung des Grundwassers durch Nitrat werden wir die Förderung für den Ökolandbau für bestimmte Kulturen ausbauen, um die Vorteile dieser Anbauform dort verstärkt nutzen zu können.

4. ... eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft erreichen? |

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden ein eigenes Pestizidreduktionsprogramm entwickeln und dadurch schrittweise alle chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel durch wirksame biologische, naturverträgliche Verfahren ersetzen. Wir werden in unseren Schutzgebieten damit beginnen, indem wir die Pflanzenschutz- und Düngemittel auf die im Ökoland zugelassenen beschränken. Auf Bundesebene werden wir uns für eine Berichtspflicht zum Pestizideinsatz stark machen und fordern zusätzlich eine massive Erhöhung der Forschungsmittel für die Entwicklung von naturverträglichen, alternativen Mittel.



NABU-Fazit

Hier auf Verbote und verbindliche Regelungen zu setzen scheint aktuell der wirkungsvollste Weg. Besonders belastet ist die Region des intensiven Gemüsebaus in der Vorderpfalz. Agrarumweltprogramme, die auf Freiwilligkeit beruhen, sind finanziell unattraktiv für die hochartragreichen Flächen des Gemüsebaus. Preissteigerungen im Einzelhandel erscheinen zunächst reizvoll, würden aber nur zusammen mit verbindlichen Regelungen zur umweltschonenden Produktion tatsächlich Verbesserungen bewirken.



NABU-Fazit

Ein flächig wirksames Pestizidreduktionsprogramm ist erforderlich. Darin müssen Ziele der Mengen- und Toxizitätsreduktion für unterschiedliche Anbaukulturen formuliert sein. Die Entwicklung neuer Methoden ist nötig, um auch im Obst- und Gemüseanbau Fortschritte zu ermöglichen. Mehr Transparenz zu ausgebrachten Pestizidmengen ist ein hilfreiches Instrument zur Überprüfung der Zielerreichung. Einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland, ist mit geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Wahlprüfstein II: NATURA 2000 und Gebietschutz

Mit Einführung der Fauna-Flora-Habitat-(FFH) und der Vogelschutzrichtlinie haben sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, das dramatisch voranschreitende Artensterben zu stoppen und damit zu beginnen, angeschlagene Ökosysteme wiederherzustellen. Die wichtigsten Arten und Lebensraumtypen sollen wieder in einen guten Zustand gebracht werden. Das neben den Vorschriften zum Artenschutz und zur Jagd wichtigste Instrument der Naturschutzrichtlinien ist NATURA 2000, das inzwischen weltweit größte Netzwerk von Schutzgebieten. Zuständig für die Umsetzung von NATURA 2000 in Deutschland

sind die Bundesländer, mit Ausnahme der Meeresschutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die in der Kompetenz des Bundes liegen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

5. ... den konsequenten Schutz der NATURA 2000-Gebiete in Rheinland-Pfalz umsetzen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Im Rahmen einer strategischen Planung zur Umsetzung der Bewirtschaftungspläne werden Prioritäten für die unterschiedlichen Kreise und ihre Schutzgebiete erstellt. Wir werden anhand dieser strategischen Planung entsprechende Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen in den unterschiedlichen Gebieten bereitstellen.

6. ... die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne befördern?

*Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Die Umsetzung von Maßnahmen wird zunächst im Rahmen der gemeinsamen Gebietsbetreuung mit den unteren Naturschutzbehörden und den zuständigen Struktur- und Genehmigungsdirektionen geplant und anschließend gemeinsam mit dem Flächeneigentümer*innen durchgeführt. Wir möchten nach ausführlicher Konzeptprüfung die Maßnahmenumsetzung befördern, indem wir Biologische Stationen in den einzelnen Kreisen etablieren. Diese werden die weitere Koordination der Maßnahmen mit den unterschiedlichen Akteur*innen vor Ort übernehmen.*



NABU-Fazit

Die Zielerreichung der Europäischen Naturschutzrichtlinien scheitert in erster Linie an einem Umsetzungsdefizit. Eine finanziell ausreichend bestückte Umsetzungsstrategie ist hier dringend erforderlich. Darin enthalten muss auch die Schaffung von Personalstellen sein, damit die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne mit Akteur*innen vor Ort besser kommunikativ und inhaltlich begleitet werden kann. Bauliche Eingriffe müssen stärker reglementiert und dürfen nur in Ausnahmen zugelassen werden.



NABU-Fazit

Häufig kommt es bei der Umsetzung der Bewirtschaftungspläne zu Konflikten mit Nutzer*innen innerhalb der Gebiete. Die Nutzung ist oftmals, insbesondere in den Gebieten des Offenlandes, wichtiger Bestandteil der Schutzgebiete. Um Konflikte zielgerichtet aufzulösen, ist ein intensiver Dialog mit allen Beteiligten zu stärken.

7. ... das Monitoring der Europäischen Schutzgebiete verbessern?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Die Überwachung einheitlicher Monitoringkriterien kann gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Naturschutz unter dem Dach der Biologischen Stationen erfolgen.



NABU-Fazit

Das Monitoring, also die regelmäßige Erfassung der Bestände geschützter Arten, ist dringend auszubauen und finanziell gut auszustatten. Rheinland-Pfalz hat insgesamt eine der bundesweit schlechtesten Datenlagen zu Bestandsentwicklungen geschützter Arten. Viel zu oft verlässt man sich auf die Erhebungen durch ehrenamtliche Aktive. Das Monitoring ist zudem so auszubauen, dass Aussagen über die Bestandsentwicklungen auf Landesebene möglich sind.

8. ... das Schutzgebietsnetz (nicht nur NATURA 2000) in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln?

*Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Naturschutzmaßnahmen sind dann besonders wirkungsvoll, wenn sie gut vernetzt werden. Deswegen wollen wir die öffentliche Steuerung stärken, weitere Naturschutzprojekte planen und umsetzen sowie alle Akteur*innen mit einbeziehen. In unseren Wäldern möchten wir den Anteil an Wildnisflächen durch eine landesweite Umsetzung der Biotop-Altbautotholz (BAT) Konzepte auf 5 Prozent der Gesamtwaldfläche erhöhen und somit das nationale Wildnisziel erfüllen.*



NABU-Fazit

Die Vernetzung der Schutzgebiete muss gefördert werden, aber auch die Neuausweisung von Schutzgebieten darf nicht länger ein Tabu sein. RLP ist mit gerade 2 % der Landesfläche, die als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind, Schlusslicht unter allen Flächenländern bundesweit. Hier besteht enormer Nachholbedarf. Die Einbeziehung verschiedener Akteur*innen in eine landesweite Konzeptionierung ist wünschenswert.

9. ... den Biotopverbund im Land weiterentwickeln?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir wollen, neben den Ehdä-Flächen, auch das überregionale Biotopnetz aufwerten. Dazu möchten wir Trittsteinbiotopie wie z. B. Streuobstwiesen oder Heckenstreifen, schaffen und diese im Rahmen von zielgerichteten Agrarumweltprogrammen und langjährigen Pflegeverträgen weiter stärken.



NABU-Fazit

Der Biotopverbund muss gestärkt und landesweit durchgängig geplant werden. Nur so können lebensfähige Populationen erhalten werden und Arten sich wieder natürlich ausbreiten. Zwar ist der Biotopverbund auf Ebene der Regionalplanungen verankert, viel zu oft wird er aber durch bauliche Eingriffe dennoch zerschnitten. Die Etablierung von Querungshilfen, wie Grünbrücken, muss konsequent verfolgt werden.

Wahlprüfstein III: Flächenversiegelung

Der Boden erfüllt lebenswichtige Funktionen für unsere Ökosysteme. Mit dem Verbrauch neuer Flächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke und zunehmender Versiegelung gehen vor allem die Lebensraumfunktion des Bodens, die Fruchtbarkeit und die Wasserdurchlässigkeit des Bodens verloren. Zu den Folgen zählen der Verlust der Bodenfauna, örtliche Überschwemmungen bei starken Regenfällen, fehlende Grundwasserneubildung sowie städtische Wärmeinseln durch fehlende Verdunstungskälte. Mit den unbebauten Flächen und unversiegelten Böden als endliche Ressource muss also sparsam umgegangen werden.

10. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf die Flächenversiegelung im Land?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Unser langfristiges Ziel ist eine neutrale Flächenbilanz – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine andere entsiegelt wird. Dafür benötigen wir eine transparente und flächenschonende Landes- und Bauleitplanung nach ökologischen Kriterien.

Wir setzen uns deshalb für eine ökologische Weiterentwicklung des Landesentwicklungsplans IV, eine entsprechende Anpassung der Raumordnungspläne sowie für die Beachtung des Grundsatzes „Innen- vor Außenentwicklung“ ein.

11. Wie wollen Sie Ihre Ziele umsetzen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir wollen einen eigenen Bodenfonds Rheinland-Pfalz gründen. Damit können unsere Kommunen aktive Bodenbevorratung betreiben, um sozialpolitische, städtebauliche und ökologische Ziele umzusetzen. Wir möchten zudem die unterschiedlichen Planungsebenen besser miteinander verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame Wirkeffekte erzielen. So können beispielsweise Klimaschutz-, Hochwasservorsorge-, Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs- und Bebauungspläne integriert werden. Wir werden für unsere Gemeinden und Städte nachhaltige Planungsinstrumente wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den Raum-Plus Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise erweitern.



NABU-Fazit

Das Ziel einer neutralen Flächenbilanz muss ambitioniert verfolgt werden. Hierzu sind landesplanerische Vorgaben mit konkreten Zielsetzungen zu machen. Kommunen müssen dabei begleitet werden, Strategien zur Erreichung neutraler Flächenbilanzen zu entwickeln. Auch ein Verbot von Schottergärten, sowie Grünerhalt- bzw. Begrünungskonzepte sind kommunal umzusetzen.



NABU-Fazit

Grundsätzlich fordert auch der NABU eine Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Aber auch in der Innenentwicklung darf wichtiges Stadtgrün nicht der Versiegelung zum Opfer fallen. Ökologische Stadtplanungen müssen einerseits Möglichkeiten zur Nutzung aufzeigen & gleichzeitig ökologischen Ansprüchen auch innerhalb der Gemeinden gerecht werden. Anreize und Gesetze sind so auszugestalten, dass Aus- & Umbau vor Neubau gefördert wird.

12. Wie steht Ihre Partei zur Fortführung des umstrittenen Paragraphen 13b des BauGB?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Eine bundesweite Regelung, wie §13b BauGB, die Planungen ohne Umweltprüfung und Bürgerbeteiligung ermöglichen, lehnen wir vehement ab. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Weiterentwicklung des BauGB nach Nachhaltigkeitskriterien ein.



NABU-Fazit

Aus Sicht des NABU darf §13b BauGB nicht fortgeführt werden und ist abzuschaffen. Vielmehr müssen andere Konzepte entwickelt werden, um bezahlbaren Wohnraum auch im Innenbereich zu ermöglichen. Gerade Ortsränder zeichnen sich oft durch eine hohe Biodiversität aus, weshalb Planungen ohne entsprechende Berücksichtigung des Naturschutzes und Beteiligungsmöglichkeiten abzulehnen sind.

13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei von einer gelungenen Innenentwicklung?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir unterstützen kreative Lösungen wie etwa die Aufstockung von Supermärkten oder den Umbau von ehemaligen Industriegebäuden. Wir wollen ökologisch-soziale Quartierskonzepte gegenüber einer Höchstpreisvergabe bevorzugen. Wir werden die Städtebauförderung und Dorfenerneuerungsprogramme an ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten. Ebenso wollen wir vorhandene grüne und blaue Oasen aufwerten und um naturnahe Begrünungen von Vorgärten, Fassaden und Dachflächen oder naturnahe Wasserflächen erweitern. Zusätzlich werden wir die Installation von Nisthilfen für unsere Vögel und Insekten sowie Fassaden- und Dachbegrünung an allen öffentlichen Gebäuden prüfen.



NABU-Fazit

Moderne Dorf- und Stadtentwicklung muss, neben bezahlbarem Wohnraum, ökologische Aspekte mit einbeziehen. Die Nutzung von Bestandsimmobilien muss attraktiver sein als der Neubau am Ortsrand. Städtebauliche Konzepte mit ökologischem Fokus beziehen Grünflächen, Klimaschutz und Artenschutz am Gebäude mit ein und können so ein lebenswerten Wohnraum in Gemeinden ermöglichen.

Wahlprüfstein IV: Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland Deutschlands. Gut 42 % der Landesfläche sind bewaldet, weshalb dem Waldschutz, und damit der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern hier im Land eine besondere Bedeutung zukommt. Wälder liefern den wichtigen und wertvollen Rohstoff Holz. Sie sind aber nicht nur unter dem Aspekt der Wertstoffgewinnung zu betrachten. Sie sind Lebensraum für unzählige Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und spielen eine wichtige Rolle im Klimaschutz, sowohl als CO₂-Senken, als auch in ihrer Funktion im Klimasystem. Der dauerhafte Schutz und Erhalt dieser lebendigen Vielfalt ist ein wichtiges Ziel für die Gesellschaft, schließlich sind auch wir Menschen auf intakte Wald-Ökosysteme angewiesen.

14. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um unsere Wälder und Forste klimastabiler zu gestalten?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden den nachhaltigen Waldumbau hin zu einem klimaangepassten und naturnahen Mischwald konsequent weiterverfolgen. Dazu stärken wir die Naturverjüngung in unseren Wäldern, immer mit Blick auf das ökologische Gleichgewicht. Vor allem heimische, belastbare Baumarten werden den naturnahen Waldumbau ergänzen und die Artenvielfalt im Wald bereichern.

15. Wie sollten Maßnahmen in Staats-, Kommunal- und Privatwald umgesetzt werden?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir GRÜNE möchten unsere gesamte Waldfläche mit dem Forest-Stewardship-Council (FSC) Siegel als besonders naturnah und nachhaltig zertifizieren lassen. Damit wir das schaffen, werden wir die kommunalen und privaten Forstbetriebe besonders unterstützen. Daneben möchten wir mit dem Forschungsprojekt „Klimawald 2100“ extensive, naturverträgliche Bewirtschaftungsarten erforschen und erproben wie unsere Wälder sich naturnah sowie klimaresistent weiterentwickeln lassen.

16. Welche Flächenziele zur natürlichen Waldentwicklung verfolgt Ihre Partei?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir wollen 5 Prozent der Gesamtwaldfläche der natürlichen Waldentwicklung überlassen und sehen die flächendeckende Ausweitung des Biotop-Altbau-Totholz (BAT) Konzepts als praxisnahes Instrument.



NABU-Fazit

Die Klimastabilität der Wälder ist für Rheinland-Pfalz, als walddominantes Bundesland, ein wichtiges Thema. Naturnaher Waldumbau und die Stärkung des Waldes als Klimaschützer sind wichtige Schritte. Dabei können auch Förderungen Anreize liefern, diese müssen aber an bestehende und hochwertige Zertifikate, wie FSC gekoppelt sein. Höhere Naturschutzstandards sollten im Rahmen einer Förderung auch höher entlohnt werden, damit die gewünschten ökologischen Effekte erzielt werden.



NABU-Fazit

Im Staatswald ist RLP durch seine FSC-Zertifizierung schon weit gekommen, es müssen aber auch für Kommunal- und Privatwald ambitionierte Ziele gesetzt werden, die mit entsprechenden Anreizen gekoppelt sein können. Konzepte, wie das BAT-Konzept müssen optimiert und flächendeckend umgesetzt werden. Forschungsprojekte zur Klimawirkung und Klimaanpassung unserer Wälder sind dringend umzusetzen.



NABU-Fazit

Der NABU fordert 10 % des Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen, also jedwede Nutzung einzustellen. Da der Staatswald in Rheinland-Pfalz nur gut ein Viertel der Waldfläche ausmacht, muss entweder eine entsprechend größere Fläche des Staatswaldes unter Prozessschutz gestellt werden oder deutliche Anreize für den Kommunal- und Privatwald gesetzt werden.

17. Wie möchte Ihre Partei die Biodiversitätsziele in Wäldern erreichen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Durch die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne in den Natura 2000 Waldgebieten, die flächendeckende FSC-Zertifizierung unserer Wälder und die Einführung des Biotop-Altbau-Totholz (BAT) Konzepts in allen Revieren, kommen wir den Biodiversitätszielen in unseren Wäldern ein sehr großes Stück näher.



NABU-Fazit

Rheinland-pfälzische NATURA 2000-Gebiete liegen großteils im Wald. Durch konsequente Umsetzung der Bewirtschaftungspläne kann hier viel erreicht werden. Die flächige Einführung von FSC, sowie andere Förderkonzepte können insbesondere für den Privatwald zusätzliche Anreize schaffen. Auch die flächendeckende Umsetzung und Optimierung des BAT-Konzeptes kann ein weiterer Baustein sein. Da der Besuchsdruck in einigen Wäldern enorm zugenommen hat, sind Lenkungskonzepte zu entwickeln.

18. Welche jagdpolitischen Ziele verfolgt Ihre Partei?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Unser Ziel ist eine ökologische und waldfreundliche Jagd, welche die Aspekte des Tierwohls verstärkt berücksichtigt. Dies beinhaltet eine Anpassung der Jagd an die ökologische Tragfähigkeit der bereits geschädigten Wälder und regelmäßige Vegetations- und Populationsgutachten für alle Reviere.



NABU-Fazit

Der NABU unterscheidet zwischen Jagd, als nachhaltige Form der Nutzung, und Wildmanagement zur Vermeidung von Umweltschäden durch zu hohe Wildbestände. In Waldflächen mit natürlicher Entwicklung sollte weder Jagd noch Management stattfinden. Zur nachhaltigen Nutzung von Holz als natürlichem Rohstoff, ist das Management von Wild allerdings nötig. Vegetations- und Populationsgutachten können helfen, das Management gezielt und sinnvoll auszugestalten.

Wahlprüfstein V: Klimaschutz und Energiegewinnung

Die Klimakrise ist weltweit spürbar. Sie beeinträchtigt die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen und bedroht 20 bis 30 Prozent der auf der Erde vorkommenden Arten. Einerseits sind zwingend Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel notwendig, andererseits müssen noch schlimmere Auswirkungen der Klimakrise vermieden werden. Deutschland steht auf Platz 6 der weltweit größten CO₂-Emittenten, daher kommt uns eine besondere Verantwortung zu, einen entsprechenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten – national wie international.

19. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei für das Land Rheinland-Pfalz?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir wollen bei allen Entscheidungen den Klimaschutz voranstellen. Unser Ziel ist, das Pariser Klimaschutzabkommen einzuhalten. Auf dieser Grundlage streben wir eine sozial gerechte und klimaneutrale Gesellschaft bis 2035 an. Dafür wollen wir das Landesklimaschutzgesetz anpassen und den Klimaschutz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit Kommunen in die Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt werden, in dem Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft noch stärker in Entscheidungen eingebunden werden.

20. Welche CO₂-Einsparpotenziale sehen Sie im Land?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen. Mit diesem Fahrplan für die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen definieren wir konkrete Meilensteine für das Land und die Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität.

21. Wie will Ihre Partei diese künftig besser nutzen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir wollen unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar erzeugen und die Mobilitätswende konsequent umsetzen. Im Dialog mit unserer Wirtschaft treiben wir die ökologische wie ökonomische Transformation voran, um unseren Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische Landwirtschaft werden wir weiter stärken, um CO₂ einzusparen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine nachhaltige und ökologische Digitalisierung ein.



NABU-Fazit

Die Ziele des Pariser Klimaabkommens müssen eingehalten und ambitioniert verfolgt werden. Hierfür sind auch in Rheinland-Pfalz umfassende Maßnahmen in verschiedenen Sektoren nötig. Dabei sollte, viel mehr als bislang, der Fokus auch auf Einsparpotenziale gerichtet werden.



NABU-Fazit

Ohne engagierte Einsparziele, Förderprogramme und Beratungsangebote werden die Klimaschutzziele kaum erreichbar sein. Dabei sind die Einsparpotenziale sehr vielseitig und sollten möglichst flächig genutzt werden. Ein Treibhausgasbudget kann dabei helfen, den Ausstoß transparent zu machen und an den effizientesten Stellen zu reduzieren. Zertifikate sind nur dann sinnvoll, wenn die Preise entsprechend gestaltet werden.



NABU-Fazit

Das Land Rheinland-Pfalz hat ein sehr umfassendes Klimaschutzkonzept mit vielen guten Einsparungsmodellen. Allerdings finden diese Maßnahmen kaum einen Weg in die Öffentlichkeit. Energieeinsparung wird zu oft als unbeliebtes Thema abgestempelt. Wer Klimaschutz machen will, kommt an diesen Fragen aber nicht vorbei. Vorhandene Konzepte müssen viel mehr als bislang in die Umsetzung gebracht werden.

22. Wie möchte Ihre Partei CO₂-Senken künftig besser fördern?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Die natürlichen Senken, wie die Kohlenstoff-Aufnahme durch Wälder und Böden, wollen wir durch Änderungen in der Landnutzung stärken. Gut geeignet und ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltig sind Maßnahmen einer nachhaltigen Landnutzung, wie bodenschonende und humusmehrende Landbewirtschaftung, Moorschutz und Renaturierung, Grünlanderhalt und natürliche Waldverjüngung.

23. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei im Verkehrssektor?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Zu unserem Ziel, bis 2035 klimaneutral zu werden, gehört selbstverständlich auch die Mobilität. In diesem Sektor besteht eine der größten Herausforderung angesichts der Tatsache, dass nahezu ein Viertel der CO₂-Emissionen durch ihn verursacht wird. Für die Mobilitätswende setzen wir auf emissionsfreie, gute Nahverkehrsangebote und Anbindungen vor Ort, auch und gerade im ländlichen Raum, eine funktionierende Vernetzung der Angebote, günstige Tickets aus einer Hand, aber auch flexible Angebote on Demand sowie selbstverständlich auch Sharing-Angebote für Pkw und Fahrräder. Wir wollen das Tempo beim Um-, Aus- und Neubau von Radwegen mindestens verdoppeln. Die Elektromobilität wollen wir mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur und Anreizen deutlich voranbringen.

24. Welche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien verfolgt Ihre Partei und welche Flächen sind hierfür nötig?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau von erneuerbaren Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen, wollen wir bis 2030 die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie mindestens verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung mindestens verdreifachen. Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen nutzen und Altanlagen systematisch durch neue, leistungsfähigere Maschinen ersetzen (Repowering). Wir wollen das Landesentwicklungsprogramm im Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz überarbeiten, um den notwendigen Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von Autobahnen und Bahntrassen.



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz sind vor allem der Wald sowie landwirtschaftliche Flächen, hier insbesondere artenreiches Grünland, wirkungsvolle CO₂-Senken. Um diese Funktion zu stärken, müssen Bewirtschaftungsformen angepasst & Forschungsvorhaben, beispielsweise zum Humusaufbau in landwirtschaftlich genutzten Böden, vorangebracht werden. Moore sind in RLP nur wenige vorhanden, dennoch sollten die bisherigen Bemühungen im Moorschutz weiterverfolgt werden.



NABU-Fazit

Reduktion des Individualverkehrs, mehr Elektromobilität und kostenloser ÖPNV sind wichtige Maßnahmen im Verkehrssektor. Nach einem Jahr, in dem aufgrund der Pandemielage sehr viele Menschen von zu Hause gearbeitet haben, sollten auch neue Ansätze durchdacht werden. Die Nutzung von Homeoffice beispielsweise, kann den Individualverkehr deutlich reduzieren.



NABU-Fazit

Die Energiewende ist wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Eine nahezu 100 %-ige Deckung des Strombedarfs mit erneuerbaren Energien ist zur Erreichung der Klimaziele nötig. Der hohe Flächenbedarf für erneuerbare Energien führt – insbesondere im Falle der Windenergie und Freiflächenphotovoltaik – auch zu Zielkonflikten mit dem Artenschutz, weshalb es einer übergeordneten Bedarfs- und Flächenplanung bedarf, die Klimaschutz und Artenschutz gleichermaßen berücksichtigt.

25. Welche Planungsebene ist Ihrer Meinung nach die geeignete, um diese Ziele umzusetzen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Grundsätzlich bedarf es eines guten Zusammenspiels aller Planungsbehörden, um die Energiewende nach vorne zu bringen. Unser Ziel ist, die Genehmigung von Erneuerbare-Energien-Anlagen im Einklang mit dem Naturschutz zu beschleunigen. In allen Genehmigungsbehörden sind spezielle und umfangreiche Fach- und Rechtskenntnisse notwendig. Es fehlt jedoch häufig an klarstellenden Regelungen. Eine Lösung könnte sein, die Struktur- und Genehmigungsbehörden zu stärken, sodass sie mehr Kompetenzen bündeln und insbesondere die Kreisverwaltungen besser unterstützen können.



NABU-Fazit

Um eine Vereinbarkeit mit den Zielen des Arten-, Natur-, und Landschaftsschutzes zu erreichen, ist die Planung auf Ebene der Regionalen Planungsgemeinschaften zwingend erforderlich. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Verlagerung der Planung auf die kommunale Ebene nicht nur auf Kosten des Naturschutzes geht, sondern auch die Akzeptanz der Windenergie massiv beeinflusst und zu massiven Konflikten innerhalb vieler Gemeinden geführt hat.

26. Wie sollen die Ausbauziele mit dem Artenschutz in Einklang gebracht werden?

*Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wind- und Solarenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können. Im Rahmen der Landes- und Flächenplanung für Erneuerbare Energien setzen wir auf den Populationsansatz. Dafür muss auch der naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben und durch eine naturschutzfachliche Standardisierung des Vollzugs des Artenschutzrechts bei der Genehmigungserteilung vereinfacht werden.*



NABU-Fazit

Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei globale Krisen, die gleichwertig behandelt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Artenschutz auch im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen gleichwertig zu berücksichtigen. Hierfür sind einheitliche Fachstandards zu entwickeln und umzusetzen, zudem müssen Behörden personell in die Lage versetzt werden, Planungsvorhaben effizient zu begleiten und hohe Qualitätsstandards zu sichern.

Wahlprüfstein VI: Gewässerschutz

Obwohl sich die Qualität des Wassers seit Jahren verbessert hat, sind viele unserer Bäche und Flüsse in einem schlechten Zustand. Noch immer sind zu viele Bäche zu Kanälen ausgebaut, deren einzige Aufgabe es ist, den Abfluss des Regenwassers sicherzustellen. Statt über Stock und Stein fließt das Wasser hier in Rinnen und Kanälen. Steile Ufer und künstliche Betonbauwerke verhindern, dass Lebewesen wandern und sich so ausbreiten können. Sauberes Wasser alleine reicht also nicht aus – es kommt auch darauf an, wie und wo das Wasser fließt. Es fehlen natürliche Bachbettstrukturen, Materialien wie Kies und Totholz und eine standortgerechte, natürliche Ufervegetation. Der Klimawandel führt zu regional unterschiedlichen Veränderungen der Niederschläge in Menge und Zeitraum. Die letzten 'Dürrejahre' haben die Konkurrenz verschiedenster Nutzer (Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Haushalte) auf das elementare Gut Wasser deutlich gemacht. Regenrückhalt in der Fläche und Grundwasserschutz und -anreicherung gewinnen an Bedeutung.

27. Wie will Ihre Partei die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (auch mit Blick auf den Schutz des Grundwassers) gewährleisten?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz ist Spitzenreiter beim Gewässerschutz. Damit das so bleibt, werden wir die Aktion Blau Plus weiter ausbauen, Renaturierungen von Gewässern vorantreiben und den Schutz von Auen und Gewässerrändern stärken. Die Durchgängigkeit der Gewässer für Tiere, die in ihnen leben, muss dabei deutlich besser werden. Wir werden im Bereich der Hochwasservorsorge in erster Linie auf die Ausweitung natürlicher Überflutungsräume setzen. Wir werden die EU-Wasser-Rahmen-Richtlinie mit Nachdruck umsetzen, damit sich alle unsere Gewässer bis 2027 hin zu einem guten ökologischen Zustand weiterentwickeln können– das bedeutet auch, dass wir ein besonderes Augenmerk auf ein nachhaltiges Grundwassermanagement legen.

28. Wie will Ihre Partei die dringende Notwendigkeit eines intelligenten Wassermanagements erreichen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wasser ist kostbar und erfordert einen schonenden Umgang, da auch die Neubildung unseres Grundwassers bereits rückläufig ist. Mit einem „Zukunftsplan für unser Wasser in Rheinland-Pfalz“ wollen wir im Dialog mit allen Beteiligten ein neues Fundament für das Wassermanagement mit klarer Priorisierung von Nutzungsansprüchen einführen. Mit unseren Anstrengungen werden wir dafür sorgen, dass die Wasserversorgung auch in Zukunft sicher ist und durch Wasserrückhaltung ein gutes Leben weiter möglich sein wird.



NABU-Fazit

Der Gewässerschutz erfordert eine ambitionierte Umsetzungsstrategie und wirksame Förderinstrumente, um Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern und insbesondere in den Auen voranzubringen. In Regionen mit hohen Nitratbelastungen scheint einzig eine strikte Nutzung des Ordnungsrechtes wirkungsvoll zu sein.



NABU-Fazit

Über Jahre hinweg wurden Landschaften gezielt entwässert, um sie besser nutzbar zu machen. Nun müssen Instrumente geschaffen werden, die eine Wiedervernässung solcher Flächen fördern. Die vergangenen trockenen Jahre haben aber darüber hinaus auch gezeigt, wie wichtig ein gutes Wassermanagement ist. Unter Beteiligung verschiedener Akteur*innen sollte eine landesweite Konzeption erarbeitet werden, um die verschiedenen Aspekte der Nutzung und des Wasserschutzes besser zusammenzuführen.

Wahlprüfstein VII: Artenvielfalt und Biodiversitätsstrategie

Biologische Vielfalt bezeichnet neben der Vielzahl der Arten auch die Vielfalt der Lebensräume und die genetischen Besonderheiten innerhalb der Arten. In ihrem Facettenreichtum bildet die biologische Vielfalt die existenzielle Grundlage des menschlichen Lebens. Tiere, Pflanzen, Pilze oder Mikroorganismen sorgen für sauberes Wasser, frische Luft, ein angenehmes Klima und fruchtbaren Boden für gesunde Nahrungsmittel. Aber die biologische Vielfalt ist hochgradig gefährdet, in Deutschland ebenso wie weltweit. Die Roten Listen, also die Verzeichnisse der gefährdeten, verschollen und ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten, Artengesellschaften und Biotoptypen, werden immer länger. Der Grund dafür liegt oftmals in der übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und in der hohen Flächeninanspruchnahme, wodurch Lebensräume beeinträchtigt und zerstört werden. Aber auch der vom Menschen verursachte Klimawandel beeinträchtigt Arten und Lebensräume vor Ort. Das gefährdet die

Lebensgrundlage der Menschen und den Nutzen biologischer Vielfalt für jeden Einzelnen.

29. Wie steht Ihre Partei zu einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie im Land?

*Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden mit der engagierten Zivilgesellschaft, betroffenen Akteur*innen und Verbänden einen verbindlichen Austausch starten, um die bestehende Biodiversitätsstrategie des Landes weiterzuentwickeln.*



NABU-Fazit

Eine ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie ist unerlässlich. Eine Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg, die aber letztlich keine verbindlichen Ziele für Ressorts jenseits des Umweltministeriums definiert, ist dabei wenig zielführend. So müssen beispielsweise auch in den Bereichen Verkehr und Bauen verbindliche Ziele als fester Bestandteil einer tragfähigen Biodiversitätsstrategie definiert sein. Ansonsten bleiben entscheidende Aspekte außen vor.

30. Wie möchte Ihre Partei dem Artenschwund im Land entgegenwirken?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Die erfolgreichen Programme des Natur- und Gewässerschutzes Aktion Grün und Aktion Blau Plus wollen wir ausweiten zu einem flächendeckenden Biotopverbund. Unsere speziell angepassten Artenschutzprogramme für gefährdete Arten wie z. B. Kiebitz oder Braunkelchen werden wir verstetigen und ausweiten. Ebenso möchten wir extensive Beweidungsprojekte für den Landschafts- und Biotopschutz unterstützen und wertvolle Lebensräume wie Streuobstwiesen und Gewässerränder untereinander vernetzen. Neben einer Stärkung der Agrarumweltprogramme und einer Ausweitung des ökologischen Landbaus, werden wir auch den landesweiten Biotopverbund durch die flächendeckende Aufwertung von bestehenden linearen Strukturen z. B. durch das Eh-Da-Flächen Projekt ausweiten und dadurch den Austausch unterschiedlicher Tierpopulationen stärken.



NABU-Fazit

Rheinland-Pfalz benötigt eine umfassende Strategie zum Erhalt der Biodiversität. Dazu zählen nicht nur weitreichende Monitoringprogramme, die gezielte Artenhilfsprogramme erst ermöglichen. Ressortübergreifend müssen auch ambitionierte Ziele für Verkehr, Bauen und Landwirtschaft definiert werden. Mehr landeseigene Artenschutzprogramme müssen entwickelt und die Umsetzung durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

31. Wie steht Ihre Partei zur Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir werden bestehende Wiederansiedlungsprogramme wie z. B. für den Luchs fortsetzen und setzen darüber hinaus auf eine natürliche Wiederbesiedlung von unterschiedlichen Tierarten wie z. B. dem Fischotter.



NABU-Fazit

Für den NABU ist klar, dass Arten, die ehemals bei uns heimisch waren und von alleine wieder zurückkehren, wie der Wolf, unseren Schutz bedürfen. Für Konflikte müssen gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden. Aktive Wiederansiedlung kann im Einzelfall für bestimmte Tierarten ebenfalls sinnvoll sein, wenn die Lebensraumbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

32. Welche Artenhilfsprogramme plant Ihre Partei?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Im Rahmen von Renaturierungen von Auenwäldern und Moorflächen werden wertvolle Habitats für unterschiedliche Amphibien- und Reptilienarten wiederhergestellt. Wir sehen hier einen möglichen Ansatzpunkt für weitergehende Projekte. Bei der Planung und Konzeption von Artenschutzprogrammen setzen wir neben unseren Fachbehörden, Hochschulen und den ehrenamtlichen Engagierten auch auf Biologische Stationen. Daneben möchten wir die Programme für unsere Leit- und Verantwortungsarten ausbauen und bereits gestartete Projekte stärken.



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz fehlt es aktuell an großflächig und vor allem langfristig angelegten Artenhilfsprogrammen, die auch mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sind. Es wird begrüßt, dass immer wieder Projekte zum Schutz einzelner Arten oder Artengruppen gefördert werden. Landeseigene Artenhilfsprogramme, die nicht an Förderzeiträume gebunden sind, können auf diese Weise aber nicht ersetzt werden.

Wahlprüfstein VIII: Beteiligungsrechte

Das Artensterben schreitet noch immer ungebremsst voran, die Emissionen von Treibhausgasen steigen, wichtige Naturräume sind weit davon entfernt, das von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossene Ziel eines „günstigen Erhaltungszustandes“ zu erreichen. Neben anderen Faktoren ein Grund: Unterschiedlichste Bauvorhaben mit ihren umfangreichen Eingriffen beeinträchtigen vor allem durch ihre Lage, Auswirkungstiefe und schlichte Größe die Natur und Umwelt. Naturschutzverbände können unter bestimmten Voraussetzungen gegen Genehmigungen oder Planfeststellungsbeschlüsse vor Gericht ziehen, wenn zuvor aus ihrer Sicht schriftlich formulierte Anregungen und Bedenken im vorgeschalteten Beteiligungsverfahren nicht im rechtlich nötigen Umfang in die Genehmigung Eingang finden.

33. Wie steht Ihre Partei zu den Beteiligungs- und Klagerechten der Naturschutzverbände?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir sehen eine umfangreiche Beteiligung aller anerkannten Umwelt- und Naturschutzverbände bei öffentlichen Bauvorhaben als Teil des demokratischen Prozesses an und halten am bewährten Verfahren fest.



NABU-Fazit

Eine Begrenzung oder gar Abschaffung der Beteiligungs- und Klagerechte ist für den NABU ein absolutes No-Go. Vielmehr ist es aber sehr erstrebenswert, wenn durch qualitativ hochwertige Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsprozesse, Klagen weniger notwendig wären. Da die Klagerechte der Umsetzung des Artenschutzrechts dienen, sind sie nötig, so lange ein Umsetzungsdefizit im Artenschutzrecht erkennbar ist.

Wahlprüfstein IX: Naturschutzverwaltung

Eines der größten Probleme im Natur- und Umweltschutz ist das enorme Vollzugsdefizit. Zwar sind die vorhandenen Gesetzgebungen und Regelungen sehr gut, der Vollzug liegt aber oftmals im Argen. So kam auch der EU-Fitnesscheck zur FFH-Richtlinie zu dem Ergebnis, dass die Richtlinie ein grundsätzlich gut geeignetes Instrument ist, die Naturschutzziele zu erreichen, es aber an der Umsetzung mangelt. Zuständig für den Vollzug der Naturschutzrichtlinien sind auch in Rheinland-Pfalz die Naturschutzverwaltungen. Seit vielen Jahren geht die Personalausstattung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz jedoch zurück. Das Landesamt für Umwelt steht im deutschlandweiten Vergleich sogar auf dem zweitletzten Platz, wenn es um die Personalausstattung geht.

34. Wie will Ihre Partei die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen verbessern?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Naturschutzmaßnahmen sind dann besonders wirkungsvoll, wenn sie gut vernetzt werden. Deswegen wollen wir die öffentliche Steuerung stärken, weitere Naturschutzprojekte planen und umsetzen, die Landwirtschaft enger mit einbeziehen sowie mit Hilfe eines Monitorings die Erfolge besser nachvollziehen. Wir werden prüfen, inwieweit die bestehenden Verwaltungsstrukturen gestärkt oder neue Strukturen, beispielsweise in Form von biologischen Stationen, aufgebaut werden sollten. Ebenso möchten wir den Wissenstransfer zwischen der Umweltverwaltung und unseren hervorragenden Hochschulen weiter verbessern. Dank Algorithmen und KI können viele Umweltprobleme effizient erkannt und bekämpft werden. Diese Innovationen wollen wir in unseren Fachbehörden schrittweise einführen.



NABU-Fazit

Für die rheinland-pfälzischen Behörden ist ein Personalentwicklungsprogramm umzusetzen. Dies beinhaltet Konzepte zur Ausbildung, um qualifiziertes Personal auch in Zukunft binden zu können, sowie die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere das Landesamt für Umwelt, die Oberen, sowie die Unteren Naturschutzbehörden leiden an einem massiven Personalmangel. Um dem bestehenden Umsetzungsdefizit im Naturschutz entgegenzuwirken ist eine deutliche Personalaufstockung nötig.

Wahlprüfstein X: Würdigung des Ehrenamtes

Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre es um die wildlebenden Pflanzen und Tiere mit ihren Lebensräumen schlecht bestellt. Die Herausforderungen im Arten- und Klimaschutz können nur unter aktiver Beteiligung einer engagierten Öffentlichkeit bewältigt werden.

35. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern?

*Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Die Arbeit der ehrenamtlichen Natur- und Umweltschützer*innen ist für unser Land, allen voran aber für unsere Natur von unschätzbarem Wert. Deshalb wollen wir die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Engagierten weiterhin fortsetzen und im Rahmen einer möglichen Zusammenarbeit in regionalen Biologischen Stationen intensivieren. Wir sehen in der gemeinsamen Projektgestaltung auf Kreis und kommunaler Ebene einen wertvollen Zugewinn für den haupt- und ehrenamtlich Natur- und Artenschutz, die Umweltbildung und die breite Akzeptanz vor Ort und in den unterschiedlichen Verbänden.*

*Ebenso möchten wir im Rahmen der Eh-Da-Flächen Projekte möglichst viele unterschiedliche Akteur*innen, Verbände und ehrenamtliche Naturschützer*innen integrieren und ein breites, landesweites Netzwerk für den gegenseitigen Austausch und die Projektentwicklung bilden.*

36. Wie wollen Sie das Engagement künftig mehr würdigen?

Antwort des Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz: Wir wollen die Gewinnung von Freiwilligen, ihre Qualifizierung und Koordinierung, ihre Begleitung, die Anerkennung und Absicherung ihrer Tätigkeit durch geeignete Förderprogramme und die Einrichtung von weiteren Freiwilligenagenturen unterstützen. Für die Ehrenamtskarte als Teil der Anerkennungskultur werden wir weitere Partner gewinnen. Die Angebote für Freiwilligenjahre wollen wir für alle Altersgruppen ausbauen und insbesondere die Werbung für das FSJ und FÖJ weiter unterstützen.



NABU-Fazit

Es wird explizit begrüßt, dass immer wieder Projekte zur Förderung des Ehrenamtes unterstützt werden. Diese gilt es künftig weiter auszubauen. Dabei ist bei der Entscheidung über Förderzeiträume zu beachten, dass die langfristige Aktivierung und Förderung von dauerhaften ehrenamtlichen Strukturen viel Zeit benötigt, insbesondere an Stellen, wo bislang noch keine oder nur wenige Strukturen vorhanden sind.



NABU-Fazit

Ehrenamt im Naturschutz hat in der Vergangenheit zunehmend wichtige Aufgaben des Landes übernommen, gleichzeitig wurde dies nicht immer mit einer gesteigerten Wertschätzung honoriert. Zwar existieren Wertschätzungsmechanismen des Landes, die auch begrüßt werden, im täglichen Umgang erfahren ehrenamtlich Tätige aber zunehmend das Gegenteil, auch seitens der Politik. Diese Diskrepanz zwischen herausgehobener Würdigung und täglichem Umgang muss dringend abgebaut werden.